Die Kölner Richerzeche.

Von

F. Philippi.

Hermann Keussen hat in der Westdeutschen Zeitschrift Band XXVIII S. 465 ff. endlich das Dunkel gelichtet, welches über der ältesten Verfassungsgeschichte der Stadt Köln lag, indem er die Ergebnisse seiner bekannten topographischen Forschungen energisch zur Aufhellung und richtigen Ausdeutung der spärlichen gleichzeitigen chronikalischen Überlieferung verwandte und damit die bis jetzt geltenden Anschauungen über die älteste Gemeindeorganisation der rheinischen Metropole berichtigte und ergänzte. Diese Arbeit ist aus dem Grunde für die deutsche Städtegeschichte von der allergrössten Bedeutung, weil die Entwicklung Kölns für die Ausgestaltung der nordwestlichen Städte Deutschlands vorbildlich gewesen ist, aber auch auf den Südwesten einen bedeutenden Einfluss geübt hat (Freiburg im Breisgau mit seinen Tochterstädten).

Das wichtigste Ergebnis der auch in vielen anderen Einzelheiten höchst interessanten und anregenden Arbeit ist der Nachweis, dass das Grossköln, welches tatsächlich 1106 durch die Vorschiebung der Stadtbefestigung über die alten Römermauern hinaus geschaffen wurde, sich durch die *conjuratio pro libertate* von 1112 als Stadtgemeinde konstituiert hat. Wenn ich den Verfasser in seinen weiteren Darlegungen richtig verstehe, so findet er diese Gesamtgemeinde in der späteren „Richerzeche“ wieder ¹⁾; jedenfalls aber legt er dar, dass die ausführenden

¹⁾ S. 514: „Wir haben gesehen, wie im Gefolge der ersten Erweiterung im Jahre 1106 die Richerzeche sich bildete und zumeist im Gegensatze zum Erzbischof, aber im Ausgleich und im Einverständnis mit den Schöffen die obrig-

Organe der Richerzeche auch als die ausführenden Organe der 1106 durch die Eingemeindung entstandenen Gesamtgemeinde anzusehen sind ¹⁾).

Wenn man diese überzeugenden Darlegungen Keussens liest, muss man sich nur darüber wundern, dass er nicht das volle Ergebnis derselben zieht, und die *conjuratio* von 1112 mit der „*fraternitas*“ oder dem „*ampte up dem burgerehus*“, wie die Richerzeche auch genannt wird, gleichsetzt; mit einem Worte die Schwureinung in der Richerzeche wiedergefunden hat.

Denn nur durch diese vollkommene Gleichsetzung erfahren die bisher als so sehr verwickelt angesehenen älteren Verfassungsverhältnisse Kölns eine ebenso einfache wie klare Lösung, deren Richtigkeit man nach Keussens Darlegungen nicht mehr mit dem Einwande bestreiten kann, dass die Richerzeche erst um 1180 ²⁾ nachweisbar sei, weil sie erst in diesem Jahre unter diesem Namen in den Quellen genannt wird.

Um nun die Frage nach dem Zusammenhange der seit 1180 als Richerzeche auftretenden Genossenschaft mit der Schwureinung von 1112 endgiltig zu entscheiden, ist vor allem mit Hilfe des vorliegenden Materials der Versuch zu erneuern, den Charakter der Richerzeche als Genossenschaft, die bezeichnenden Eigenschaften der darin vereinigten Genossen und schliesslich die Aufgaben und Befugnisse, welche die Genossenschaft selbst oder durch ihre Organe erfüllte und ausübte, festzustellen.

Um bei dieser Untersuchung nicht von vornherein den Blick zu trüben, empfiehlt er sich zunächst, einerseits die *conjuratio* von 1112 ganz aus dem Spiele zu lassen, und andererseits auf jede Auseinandersetzung mit der schon fast überreichen Litteratur ³⁾ über diesen Ge-

keitliche Gewalt übernahm“ und S. 512: „Wie die Erweiterung des Jahres 1106 eine neue Organisation des städtischen Regiments in die Wege geleitet hatte, die sich in der aus der *conjuratio* von 1112 hervorgehenden Richerzeche wirklichte.“

¹⁾ Ganz klar spricht sich K. allerdings über diese Frage nicht aus; man möchte eher glauben, dass er in der Richerzeche selbst den die Gesamtgemeinde Köln regierenden und vertretenden „ratsähnlichen“ Ausschluss sieht. Vergl. darüber unten.

²⁾ Westdeutsche Zeitschrift, Korrespondenzblatt 1892 Sp. 116.

³⁾ Im allgemeinen sei, was das vorhandene Material anlangt, auf Kruses grundlegenden Aufsatze in der Savigny-Zeitschrift G. A. IX S. 152 ff. und auf Lau, Entwicklung der kommunalen Verfassung . . . der Stadt Köln S. 76 ff. hingewiesen. Zusammenhängend hat die vorliegenden Probleme zuletzt Gerhard Seeliger in Abhandl. d. sächs. Gesellschaft der Wissenschaften (Phil. hist. Klasse) 26 III behandelt.

genstand zu verzichten; ich werde mich vielmehr im Folgenden nur bemühen, die meine Anschauungen unterstützenden Äusserungen früherer Forscher heranzuziehen.

I. Charakter der Richerzeche als Genossenschaft.

Wenn man die äussere Form der Richerzeche genauer ins Auge fasst, so ergibt sich sowohl aus ihrem Namen, wie aus ihren Äusserungen, dass sie die Organisation einer Gilde hat.

Bei der Ausdeutung des Namens darf man allerdings nicht von der durch langjährigen Gebrauch oder Missbrauch in die Diskussion aufgenommenen Form „Richerzeche“ ausgehen — denn sie tritt nur ganz vereinzelt und sehr spät auf — sondern man muss die alte und bis tief ins 14. Jahrhundert hinein allein gebräuchliche Form „richerzechheit“¹⁾ zu Grunde legen. Diese bedeutet nicht, wie Lau auf Grund älterer Ansichten meint: „die Genossenschaft der Reichen“ oder „die Stube der Reichen“²⁾, sondern die „Zechgenossenschaft der Reichen“ oder genauer eine Genossenschaft der Reichen, welche Zechen veranstaltet. Unter Zeche versteht aber die ältere Zeit das regelmässig und ordnungsmässig angestellte Gelage³⁾. Ein solches regelmässig und ordnungsgemäss angestelltes Gelage gehört nun derartig zu den charakteristischen Merkmalen einer Gilde, dass es gelegentlich zur Bezeichnung der Genossenschaft selbst verwendet wird⁴⁾.

Der gebräuchlichste Namen der Genossenschaft bezeichnet sie also ausdrücklich als Gilde. Die Bedeutung dieser Tatsache für die Erkenntnis ihres Wesens kann weder durch die richtige Beobachtung, dass es sich bei dieser Bezeichnung wohl um einen Spitznamen handelt, noch durch die Feststellung, dass sie erst etwa 1180 nachweisbar⁵⁾ ist, abgeschwächt werden, weil auch die übrigen für die Gesellschaft angewendeten Bezeichnungen „fraternitas“, welche ganz besonders in den hochoffiziellen Verhandlungen von 1258 und 1259 gebraucht wird, und „ampt up dem burgerehuse“⁶⁾ dasselbe besagen. Dass fraternitas der lateinische Ausdruck für Gilde ist, bedarf ja wohl

¹⁾ Noch 1397 (Ennen, Quellen VI 504) rycherzechde. Den oben betonten Missbrauch rügt übrigens schon W. Arnold in seiner Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte I. S. 402.

²⁾ Entwicklung u. s. w. S. 92.

³⁾ Kluge, Etymologisches Wörterbuch s. v.

⁴⁾ Vergl. v. Below in Vierteljahrschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1909 S. 432 und Jakob Sommer im Archiv für Kulturgeschichte 1909, S. 436.

⁵⁾ Vergl. S. 88 Anm. 2.

⁶⁾ Lau a. a. O.

keinerlei weiterer Darlegung, aber auch „ampt“ bedeutet in den niederdeutschen Quellen ¹⁾ und besonders in Köln ²⁾ die Gilde, dann auch besonders die Handwerker Gilde; falls daher in Köln auch nichtgewerbliche Genossenschaften als Ämter bezeichnet werden, so geschieht das offenbar deshalb, weil sie die äussere Form, die Form der Gilde, mit den Handwerksgenossenschaften gemeinsam haben.

Aber nicht nur dem Namen nach ist die Richerzeche eine Gilde, sondern auch nach ihrer Organisation und ihrer socialen Betätigung.

Ihrer Organisation ³⁾ nach war sie eine freie Genossenschaft mit vollkommener Autonomie, die sich ihre Vorsteher, die Bürgermeister, vollkommen frei erwählte; diese bedurften zur Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit weder irgend einer Bestätigung noch Anwältigung. Während so die äussere Organisation die Richerzeche nun als eine vollkommen freie Genossenschaft mit von jeder politischen oder geistlichen Gewalt unabhängig gesteckten und verfolgten Zielen erkennen lässt, hat ihre innere Organisation soviel Ähnlichkeit mit der der Handwerker gilden, dass schon dadurch ihre Bezeichnung als eine Gilde gerechtfertigt wäre. Noch mehr aber nötigt dazu die Beobachtung, dass der hauptsächlichste sociale Zweck der Genossenschaft — wie schon oben angedeutet — ursprünglich die Abhaltung von „Zechen“, Gelagen, war.

Gegliedert war die Richerzeche nach Laus Darstellung in drei Klassen von Mitgliedern, nämlich a) den eigentlichen Vorstehern der Genossenschaft, den beiden „Bürgermeistern“ ⁴⁾, b) den sogenannten „verdienten Amtleuten“ d. h. denjenigen Mitgliedern, welche das Bürgermeisteramt schon bekleidet und den damit verbundenen „Dienst“, das vorgeschriebene Gelage, ausgerichtet hatten, und c) den sogenannten „unverdienten Amtleuten“, d. h. denjenigen Mitgliedern, welche zwar schon Anteil am Vermögen der Genossenschaft und den daraus fliessenden Renten hatten, das Bürgermeisteramt aber noch nicht bekleidet, also noch nicht „gedient“ hatten. Unter den Mitgliedern, welche zu den beiden zuletzt genannten Klassen gehörten, versteht man im allgemeinen die oft erwähnten „Amtleute“ oder *officiales*. Das deutsche Wort Amtleute kann nun ebenso wie das lateinische *officiales* sowohl die Genossen des Amtes überhaupt, also einfach die Mitglie-

¹⁾ Schiller-Lübben unter *ambacht*.

²⁾ v. Lösch, Kölner Zunfturkunden I. S. 42* f.

³⁾ Die Beweise für die folgenden Darlegungen finden sich in den oben angezogenen Abhandlungen von Kruse und Lau.

⁴⁾ Dass sie tatsächlich den Vorstand bildeten, wird trotz der gegenteiligen Darlegungen Kruses a. a. O. S. 184 ff. wohl niemand ernstlich bestreiten wollen.

der¹⁾, wie die Beamten der Genossenschaft, ihren Ausschuss, bedeuten. Da die erhaltenen Verzeichnisse²⁾ nur verdiente und unverdiente Amtleute aufführen, hat man mit Recht die erste Ausdeutung bisher bevorzugt, und sie möchte auch für den deutschen Ausdruck und die spätere Zeit unbedingt zutreffend sein. Dagegen scheint die lateinische Bezeichnung *officiales* besonders in den offiziellen Schriftstücken und den Urkunden auch einen Ausschuss und zwar den der verdienten Amtleute zu bezeichnen, weil die Zahl der mit diesem Namen belegten Personen zu gering ist, um die Gesamtheit der Genossen darstellen zu können; denn diese zählten nach Hunderten.

Die auf 361 normierte Zahl³⁾ der „Präbenden“⁴⁾ der Richerzeche kann nur dadurch erklärt werden, dass bei einer Neuregelung des Präbendenwesens 361 Anwärter auftraten, also damals die Zahl der Mitglieder 361 betrug. Mit dieser Annahme lässt sich die aus der Liste von etwa 1390⁵⁾ sich ergebende Zahl 255 sehr wohl vereinigen, wenn man sich, wie der Herausgeber Lau mit Recht fordert, gegenwärtigt, dass zeitweise mehrere Präbenden in einer Hand vereinigt waren. So ist also die ursprüngliche Zahl der Genossen auf etwa 300—400 anzunehmen. Dass diese aber in ihrer Gesamtheit den „ratsähnlichen“⁶⁾ Ausschuss, welcher das Stadtreghment handhabte, gebildet haben sollten, ist nicht glaublich. So wird man nicht um die Annahme herumkommen, dass von Anfang an neben den Bürgermeistern die *officiales* den Ausschuss bildeten, welcher die Geschäfte der Richerzeche wahrnahm und das Stadtreghment geführt hat.

Das entspricht auch im Ganzen den Verhältnissen, welche wir bei den übrigen stadtkölnischen Genossenschaften beobachten. Überall findet man Bürgermeister und verdiente Amtleute, aber nicht überall unverdiente Amtleute, sondern bei vielen Ämtern, und besonders in

1) So Kruse a. a. O. S. 170 „ergibt sich schon, dass das Wort „Amtleute“ der Richerzeche nichts weiter bedeutet als Mitglieder derselben.“

2) Vergl. darüber unten.

3) Kruse a. a. O. S. 171 nach Quellen I S. 140 und Lau a. a. O. S. 82.

4) Über diese Präbenden, welche aus den Einkünften und den Zinsen des Vermögens gezahlt wurden, findet sich einiges bei Lau und Kruse; diese Einrichtung bedürfte jedoch einer genaueren Untersuchung, als ich ihr in diesem Zusammenhange angedeihen lassen kann. Hier sei nur darauf hingewiesen, wie viele Anknüpfungspunkte dieselbe mit der Vermögensverwaltung der städtischen gesellschaftlichen Gilden, der Nachbarschaften, in Rheinland und Westfalen bietet. Darüber ist jetzt J. Sommer, *Westfälisches Gildewesen* S. 458 ff. zu vergleichen.

5) Lau im *Korrespondenzblatt zur „Westdeutschen Zeitschrift“* 1895 Sp. 239 ff.

6) Keussen a. a. O. 512 „während die Mittelstadt Köln durch die ratsähnliche Richerzeche vertreten wurde“.

älterer Zeit steht neben und hinter Bürgermeistern und verdienten Amtleuten nur die Gesamtheit der Gemeinde ohne besondere Bezeichnung¹⁾.

Man wird daher die verdienten Amtleute der Richerzeche als ihren geschäftsführenden Ausschuss, die unverdienten Amtleute aber als die grosse Masse der Genossen anzusehen haben, aus welchen sich die officiales durch Übernahme des Bürgermeisteramts nach und nach ergänzten. Eine solche Gliederung entspricht durchaus der auch sonst bekannten Organisation der Gilden.

Über die gesellschaftliche Betätigung der Richerzeche wissen wir, dass sie regelmässige Gelage veranstaltete, zu deren Ausrichtung in erster Linie der Vorstand, die Bürgermeister, gewählt wurden; es ist darauf schon mehrfach, ebenso wie auf die Tatsache hingewiesen worden, dass gerade die Zechen, die Gelage, zu den charakteristischsten Kennzeichen der altdeutschen Gilden gehörten.

So möchte denn nach diesen Darlegungen nicht zu läugnen sein, dass die Kölner Richerzeche ursprünglich eine Gilde war und diese Form der Genossenschaft während der ganzen Zeit ihres Bestehens im wesentlichen beibehalten hat.

II. Die Mitglieder der Richerzeche.

Wenn die Zahl der Brüder der Richerzeche mit 300—400 auch eine absolut grosse war, so erscheint sie dennoch gering im Vergleich zu der Zahl der Einwohner, welche wir für das damalige Köln voraussetzen haben²⁾.

Wie geschah nun die Auslese oder richtiger, welche Eigenschaften befähigten einen Kölner Einwohner zur Aufnahme in die Richerzeche?

Die Zugehörigkeit zu einer der Sondergemeinden kann hierbei nicht in Frage kommen, weil anerkannter und erwiesener Massen die Mitglieder der Richerzeche durch die ganze Stadt zerstreut wohnten. Ebenso wenig war der Betrieb irgend eines Nahrungszweiges, eines Gewerbes massgebend, da unter den Brüdern der Genossenschaft sowohl Grundbesitzer, wie Kaufleute (Tuchhändler) und Bankiers sich

¹⁾ Lau, a. a. O. S. 164 ff. und Kruse a. a. O. S. 186 ff.

²⁾ Ich gehe hier nicht auf die vielumstrittene Frage der Einwohnerzahl des mittelalterlichen Köln ein, sondern verweise nur auf die Gilde- bzw. Bürgerlisten der Rheinvorstadt, in welchen allein etwa 700 Namen für das 12. Jahrhundert verzeichnet stehen (vgl. v. Lösch in „Die Kölner Kaufmannsgilde“ Supplementband XII der „Westdeutschen Zeitschrift“ S. 35).

fanden; nur negativ ist zu sagen, dass eigentliche Handwerker sich in den Listen nicht nachweisen lassen¹⁾).

Auch der Besitz der Ritterwürde und die Zugehörigkeit zur erzbischöflichen Ministerialität kann als Charakteristicum nicht in Betracht kommen, da zwar viele Mitglieder Ritter waren und Ministeriallehen innehatten, aber durchaus nicht alle.

Diese Feststellungen scheinen mir zu dem Schlusse zu drängen, dass die bisherige Fragestellung der Revision bedarf.

Da die Richerzeche sich als eine politische Bildung darstellt, ein staatsrechtliche Einrichtung bildet, sind auch bei der Untersuchung der Qualität ihrer Mitglieder staatsrechtliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu schieben; und da die Organisation bis ins 12. Jahrhundert zurückreicht, kann nur die alte staatsrechtliche Einteilung des Volkes in Hochfreie, Altfreie, Freie und Unfreie in Frage kommen. Ferner war für die Stellung des Mannes im staatlichen Organismus und die grössere oder geringere Fülle seiner bürgerlichen Rechte und Befugnisse sein Anteil am Lande, sein Grundbesitz, massgebend. Jedoch nicht, wie man heute anzunehmen geneigt ist²⁾, der Umfang desselben, sondern seine rechtliche Qualität gab den Ausschlag.

Unter diesen Gesichtspunkten sind daher die Versuche, aus dem Namen der „Richerzeche“ unter Zuziehung der sonst noch vorkommenden Bezeichnungen: *potentes*, *honoratiores* u. s. w. Aufschlüsse über die Standesqualität ihrer Mitglieder zu gewinnen, neu aufzunehmen. Der erste Bestandteil „rik“ heisst ursprünglich nicht reich = vermögend in unserem heutigen Sinne, sondern mächtig oder vielmehr vielleicht richtiger, durch Reichtum mächtig³⁾. Dieser Tatsache entspricht es denn auch, dass die lateinische Übersetzung „*divites*“ erst später auftritt, während in älterer Zeit die Wiedergabe des deutschen Ausdrucks mit *potentes* vorherrscht. Der machtgewährende Reichtum besteht aber im Grundbesitz und so sind die *divites* die Grundbesitzer gegenüber den *pauperes*, die des Landbesitzes mangeln, mag auch ihr

¹⁾ Vgl. dazu den Exkurs S. 112.

²⁾ Z. B. Lau, *Entwicklung* S. 128 ff. bei seiner Behandlung des Grundbesitzes als Grundlage für die Stellung der „Geschlechter“. Er spricht stets von seiner Grösse und meint, dass bei seinem Zusammenschmelzen einzelne Familien oder Zweige einzelner Familien aus dem Kreise der Geschlechter ausgetreten seien. Der Grund für diese Erscheinung wird vielmehr in Missheiraten einerseits, welche den landrechtlichen Stand änderten, und anderseits in dem Mangel an „echtem Eigen“ gelegen haben (vergl. unten).

³⁾ v. Hegel im „Neuen Archiv XVIII S. 222 und Kluge, *Etymologisches Wörterbuch* unter: „Reich“.

Kapitalvermögen noch so gross sein. Aber nicht jede Art von Grundbesitz gewährte auch politische Macht (*potentia*), wenigstens nicht in der älteren Zeit: sie haftet am Eigengut¹⁾; Lehngut gewährt sie nur in beschränktem Masse und in späteren Jahrhunderten, Pachtgut nicht selbständig, sondern nur in Vertretung des Eigentümers.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und der früheren Darlegungen glaube ich daher den Namen Richerzeche als die „Gilde der reichen Grundbesitzer“, richtiger als die „Gilde der Besitzer von echtem Eigen“ ausdeuten zu sollen.

Die Besitzer von echtem Eigen sind aber als Altfreie anzusehen, weil nur ihnen die Verfügungsgewalt über diesen bevorrechteten Grundbesitz zustand. Man würde also, wenn man den Namen zu Grunde legt, noch einen Schritt weiter gehen und die Richerzeche als die Gilde der altfreien Besitzer von echtem Eigen erklären müssen.

Nun finden sich in den Quellen leider keinerlei Angaben, welche die Richtigkeit dieser allein dem Namen entnommenen Feststellung unmittelbar stützen oder bestreiten. Aber die gelegentlichen Untersuchungen über die Standesqualität einzelner Mitglieder der Genossenschaft widersprechen ihr auch nicht²⁾. Und dazu stimmt wieder, was auf Umwegen über die ständischen Verhältnisse der Genossen zu erschliessen ist.

Es ist nämlich schon früheren Forschern aufgefallen, dass unter den Mitgliedern der Richerzeche stets zahlreiche Schöffen sich finden, so zahlreich, dass man zur Vermutung gekommen ist, die Richerzeche stelle einen Bund der Schöffen mit bestimmten anderen Kreisen der Bürgerschaft dar. Diese Erklärung der tatsächlich richtigen Beobachtung möchte nun wohl nicht haltbar sein, vielmehr wird zu ihrem Verständnis die Feststellung genügen, dass die Genossen der Richerzeche und die Schöffen derselben socialen Schicht entstammten, des gleichen Standes waren. Welche Eigenschaften nun zum Schöffenamte in Köln befähigten, wissen wir: neben Unbescholtenheit und Freiheit von Leibes-

¹⁾ Am bekanntesten und klassischsten sind diese Grundsätze im Sachsen-spiegel (Ld. I, 2) entwickelt, wo die staatsrechtliche Stellung der Freien auf ihre Beziehungen zum Eigen zurückgeführt wird. Nur der Freie, welcher echtes Eigen innehatte, geniesst vollkommenes Staatsbürgerrecht; er allein ist des Schöffenamtes fähig. Wittich hat in seinem Buche „Altfreiheit und Dienstbarkeit“ diesen Gedanken nach allen Richtungen weiter ausgeführt. Wie sehr W. Arnold in seinen Arbeiten über deutsche Stadtverfassung von dieser Anschauung beherrscht war, bedarf kaum der Erwähnung.

²⁾ Ich verweise dabei vor allem auf die Untersuchungen Lau's über das Kölner Patriziat, die Geschlechter „Entwicklung“ S. 121 ff. und die dort angezogenen älteren Aufsätze desselben Verfassers.

geborenen, eheliche, altfreie Geburt und der Besitz echten Eigens, denn so ist die Bestimmung, dass die Schöffen „geerbte Leute“ sein sollen¹⁾, zu erklären. So bestätigen diese Darlegungen über die Standesqualitäten der Schöffen die oben aus dem Namen Richerzeche abgeleiteten Schlüsse über die Standesqualitäten der Mitglieder dieser Genossenschaft.

Man hat also die Richerzeche als die gildenmässig organisierte Genossenschaft der altfreien, mit echtem Eigen angesessenen Einwohner des 1106 durch die Eingemeindung der Vorstädte geschaffenen „Gross-Köln“ anzusprechen.

Aus dieser Feststellung erklären sich dann weiter die an sich zunächst fremd anmutenden Tatsachen, dass die Vorstände der Richerzeche „Bürgermeister“ (*magistri civium*) heissen, dass das Amtshaus der Richerzeche die *domus civium*, das spätere Rathaus, war, dass die Genossenschaft auch „ampt up dem burgerehuse“ heisst, dass die Richerzeche das Stadtsiegel führt und schliesslich, dass ihr Vorstand, in der ältesten Zeit die Bürgermeister, das Bürgerrecht erteilen.

Denn aus all diesen längst bekannten, aber in ihrer Gesamtheit und Tragweite noch niemals vollständig gewürdigten Tatsachen, kann man bei unbefangener Betrachtung doch nur den einen Schluss ziehen, dass die Richerzeche die Genossenschaft der „Bürger“ oder, um Arnolds Ausdruck zu gebrauchen, der „Altbürger“ darstellt²⁾ mit anderen Worten also, dass sie die alte Bürgergemeinde ist.

¹⁾ Lau, Entwicklung S. 26 umschreibt diese letzten Bedingungen durch die später gestellte Forderung, „dass der Wahlkandidat ein Angehöriger der alten Geschlechter sein müsse.“ In der Westdeutschen Zeitschrift XIV S. 176 gibt er die Bedingungen vollständiger. — „Geerbte“ Leute bezeichnet Leute, welche hereditatem besitzen. Dass Erbe echtes Eigen bedeutet, hat schon Pauli in „Abhandlungen aus dem Lübschen Rechte“ I. S. 24 ff. für Lübeck erwiesen: für Münster sind die Dissertationen von Meisterernst, Grundbesitzverhältnisse der Stadt Münster und Henkel, Beiträge zur Geschichte der Erbmänner in Münster S. 49 ff. zu vergleichen. Auch für Köln wird sich aus einem sorgfältigem Studium der Schreinskarten der Beweis erbringen lassen, dass hereditas, wenn es die rechtliche Qualität von Grundbesitz bezeichnet, dasselbe bedeutet, wie *proprietas*. Hierzu tritt zur Bestätigung noch folgende Beobachtung: im Schöffenschrein (vergl. Lau, Entwicklung S. 361 ff. als Ergänzung zu der älteren Veröffentlichung bei Hoeniger, Schreinskarten) finden sich ausser Eintragungen über Freiheit und Unfreiheit einzelner Personen nur Buchungen über echtes Eigen, während in den übrigen Schreinen, teils gesondert, teils durcheinander Eigen- und Leihgut behandelt ist.

²⁾ Ich brauche wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, wie nahe ich mit diesen Ergebnissen an die Arnolds (Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte I S. 399 ff.) herankomme, welche ich im Grossen und Ganzen durchaus als richtig anerkenne, wenn sie auch mit Rücksicht auf das neugefundene Material und die mit Recht an dem alten geübte Kritik (Weistum v. 1169) einer eingehenden Revision bedürfen.

Und diese Feststellung und Beobachtung stimmt wiederum, wenn wir dem Begriffe des Bürgers die eben für die Genossen der Richerzeche nachgewiesenen Standesqualitäten zu Grunde legen, vortrefflich mit Allem, was wir über die Altbürger der älteren deutschen Städte durch die Untersuchungen früherer Forscher, wie Wilhelm Arnold, sowie die jüngsten durch Wittich angeregten Darlegungen wissen. Ich werde darauf unten noch einmal zurückkommen müssen, um zunächst die Aufgaben und Befugnisse der Richerzeche, auf welche eben schon kurz verwiesen worden ist, im Zusammenhange einer kurzen Besprechung zu unterziehen.

III. Aufgabe und Befugnisse.

Über die Zuständigkeit der Richerzeche, ihre „politischen Befugnisse“ äussert Kruse sich eingehend und sachverständig unter sorgfältiger, aber auch ausschliesslicher Verwendung des zu seiner Zeit zur Verfügung stehenden Materials¹⁾.

Er führt in erster Linie auf: Die „Verleihung des Zunftzwangs“, oder wie der urkundliche Ausdruck lautet: die „Lehnung der Bruderschaft“ an Handwerkervereinigungen (S. 171) und findet darin den „Ursprung der ganzen Gewerbeaufsicht der städtischen Obrigkeit“ (S. 175). Ferner führt er das Recht an, „Satzungen zu machen von feilem Kaufe“ (S. 179), Verleihung des Bürgerrechts und der Weinbruderschaft (S. 180). Indem er diese Befugnisse der Richerzeche in ihrer Gesamtheit, als Genossenschaft zuschreibt, sondert er davon scharf die Zuständigkeit der Bürgermeister, obwohl er sie andererseits wieder mit zu den „Kompetenzen des ganzen Instituts“ rechnet. Es sind die drei Gerichte auf dem Bürgerhause, auf dem Kornmarkte und vor dem Fleischhause. Auf dem Bürgerhause wurde über „Ungewohnde“, in Streitigkeiten zwischen den Handwerksämtern, sowie über die Giltigkeit von Testamenten entschieden; ferner wurden daselbst „Bekennnisse und Erfolge von Schulden gegeben“ (S. 181). In den beiden anderen Gerichten wurde „von essender Speise und von Trank“ gerichtet (S. 182). „Ausser ihrer Jurisdiktion hatten die Bürgermeister nun noch eine grosse Menge von Verwaltungsbefugnissen, die sich — im wesentlichen auf den Handel mit Lebensmitteln bezogen“ (S. 183). Von Kruse kaum

¹⁾ Es hat seit jener Zeit eine Erweiterung erfahren (vgl. Lau, Entwicklung S. 7c); die neuen Quellen sind jedoch wichtiger für die Bestimmung des Alters der Genossenschaft, als für die Erkenntnis ihrer Zuständigkeit. Daher können Kruses Darlegungen unter Zuziehung der späteren Äusserungen Lau's immerhin noch der Darstellung zugrunde gelegt werden.

erwähnt, aber sehr erwähnenswert ist dann noch die Stellung der Richerzeche als Aufsichtsbehörde der Sondergemeinden, welche Lau (a. a. O. S. 86 ff.) eingehend bespricht.

Betrachtet man diese Befugnisse und Ansprüche, so scheint es ebenso schwer, für jeden einzelnen eine rechtliche Grundlage, wie für alle zusammen einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu finden. Letzteres ist daher bis jetzt auch kaum ernstlich versucht worden und dennoch muss es möglich sein, wenn man nur den richtigen Gesichtspunkt gewinnt; und dieser scheint mir durch die oben gemachte Feststellung gewiesen, dass die Richerzeche das älteste städtische Siegel führt; denn dieses Siegel erweist sich durch seine Umschrift: *Sancta Colonia Dei gratia Romanae ecclesiae fidelis filia* als das wirkliche Stadtsiegel, und nicht etwa als das Siegel einer Genossenschaft (Richerzeche), welches nachträglich als Stadtsiegel, als Gemeindesiegel Verwendung gefunden hätte. Die Richerzeche stellt also die Stadt Köln, richtiger die Stadtgemeinde Köln dar; daher haben ihre Willküren Geltung für die ganze Stadt, daher ist ihren Beamten die Aufnahme der Neubürger, die Erteilung des Bürgerrechtes vorbehalten, und als Samtgemeinde beaufichtigt sie folgerichtig die Sondergemeinden und erlässt z. B. Bestimmungen über die Amtsdauer ihrer Vorstände¹⁾.

Diese Kompetenzen erklären sich also sehr einfach. Wie reimt sich aber damit die Aufsicht über Handel und Gewerbe, welche die Genossenschaft übt? Sie als einen Ausfluss der Gemeindekompetenz zu deuten, geht wol nach der eingehenden Besprechung, welche Keutgen dieser Frage in seinem Buche „Aemter und Zünfte“ S. 107 ff. hat zu Teil werden lassen, nicht ohne weiteres an. Zunächst sollte man diese Befugnisse in der Hand einer Kaufmannsgilde suchen²⁾; dem steht jedoch entgegen, dass die einzige in Köln bekannte Kaufmannsgilde, so weit wir das beurteilen können, eine Markt- und Gewerbepolizei im 12. Jahrhundert gar nicht oder höchstens in geringem Umfange neben oder unter der Richerzeche ausübte³⁾. Diese Kaufmannsgilde scheidet ferner bei dieser Frage schon deshalb aus, weil sie sich auf die Rheinvorstadt (St. Martin) beschränkt. Es kann also auch nicht die Richerzeche ihre Erbschaft angetreten haben, an ihre Stelle getreten sein, wenigstens nicht für die Altstadt und die übrigen 1106 angegliederten Vorstädte ausser St. Martin.

¹⁾ 1159 Lacomblet I n. 398, Ennen und Eckertz, Quellen I, S. 550, n. 73.

²⁾ Vgl. darüber Kruse a. a. O. S. 196 ff.

³⁾ v. Lösch a. a. O. 39 ff.

Dagegen ist die Frage berechtigt, ja sie drängt sich sogar auf: wer hat denn die Gewerbepolizei in der Altstadt Köln vor der Eingemeindung ausgeübt?

Eine bündige Antwort auf diese Frage ist ja allerdings kaum zu geben, immerhin aber lässt die bekannte Urkunde¹⁾ Erzbischof Friedrich von 1103 über Zollprivilegien der Bürger von Huy und Lüttich durch die Bemerkung: *Hoc autem testimonium sancitum est et astipulatum iudicio scabinorum, sacramento negotiatorum, presentia virorum illustrium, qui subscripti sunt u. s. w.* erkennen, dass auch im alten Köln die negotiatores sachlich über die gewerblichen und Handelsangelegenheiten zu entscheiden hatten, denn sie beschwören die Weisung. Ihre Rechtsgiltigkeit haben die Schöffen entschieden durch ihr iudicium, und die Veröffentlichung bezeugen die viri illustres durch ihre Gegenwart (presentia). Der Erzbischof ist aber der eigentliche Aussteller der Urkunde, in der es sich ja auch um den erzbischöflichen Zoll handelt, und wenn auch später ähnliche Zollprivilegien von der Richerzeche (senatores) unter Stadtsiegel gegeben werden²⁾, so ist dennoch aus der Urkunde von 1103 kaum etwas anderes zu entnehmen, als die auch sonst bekannte, besonders durch die Erzählung vom Aufstande gegen Erzbischof Anno bezeugte Bedeutung der negotiatores oder mercatores in der Stadt³⁾.

Damit ist an sich nicht viel gewonnen, wenn man dieser längst bekannten und oft betonten Tatsache nicht folgende Ausdeutung gibt: Köln war ein mercatus⁴⁾ und seine Vollbürger, die mercatores, negotiatores besaßen als solche das commercium, die gratia emendi et vendendi. Sie werden also durch ihre Organe, ihren magistratus auch die Gewerbe- und Handelspolizei geübt haben⁵⁾. Wenn man daher die Richerzeche als die Genossenschaft der Vollbürger ansieht, so erklärt sich ganz ungezwungen und selbstverständlich die Befugnis ihres

¹⁾ Hansisches Urkundenbuch III. S. 385.

²⁾ Für Kornelimünster (1155?) *Niederrheinische Annalen* 41 S. 101 ff. — für Dinant 1171 Ennen und Eckertz, *Quellen* I. S. 563 — für Verdun (1157—1191) ebenda S. 602.

³⁾ *Vita Annonis* Cap. 21 Mon. Germ. SS. XI. S. 492 ff.

⁴⁾ Eine königliche Bewilligung darüber ist nicht erhalten; es erscheint nicht ausgeschlossen, dass diese Einrichtung in Köln zu alt ist, um von den Königen auch nur bestätigt zu werden.

⁵⁾ v. Lösch setzt ein ganz gleiches Verhältnis für die Rheinvorstadt voraus. *Kaufmannsgilde a. a. O.* S. 39. — Im Allgemeinen vgl. meinen Vortrag: „Die erste Industrialisierung Deutschlands“ S. 19 ff. sowie unten S. 106 f.

Vorstandes, der „magistri civium“ zur Ausübung der Gewerbe-polizei¹⁾.

Es kommt sonach in allen diesen Dingen die noch niemals auch nicht von Keussen vollständig gewürdigte Tatsache zum Ausdruck, dass der Vorstand der Richerzeche der Magistrat der Stadt war. Daraus folgt, dass die Richerzeche verfassungsmässig die vollberechtigte Einwohnerschaft Kölns, die Bürgerschaft im eigentlichen Sinne dargestellt hat. Nach diesen Darlegungen bedarf es wohl mit Rücksicht auf die oben S. 95 gemachten Andeutungen keiner eingehenden Auseinandersetzung mehr darüber, wie diese Annahme allein und vollständig die übrigen Befugnisse sowohl der Richerzeche als Genossenschaft, wie der Bürgermeister als ihrer Vorsteher erklärt und verständlich macht.

IV. Die *conjuratio pro libertate* von 1112.

Um nun das Verhältnis der so charakterisierten Richerzeche zu der *conjuratio* von 1112 festzustellen, bedarf es zunächst einer etwas genaueren Untersuchung dieser Institution. Sie muss kurz ausfallen, weil einerseits die Dürftigkeit des urkundlichen Materials ganz sichere Schlüsse nicht überall ermöglicht, ja sogar manches überhaupt im Dunkeln lässt, andererseits aber gerade mit diesem Verbunde sich mehrere Forscher in letzter Zeit genauer beschäftigt haben.

Die Bezeichnung *conjuratio* gibt einen deutlichen Hinweis auf die Form, die Organisation: man hat es mit einer beschworenen Einung, einer Schwureinung, zu tun und diese Verbindungen hatten im 11. und 12. Jahrhundert im Westen des deutschen Reiches die Form der Gilden. Wollte man eine andere Art der Organisation trotz des deutlichen im Namen liegenden Hinweises annehmen, so würde man dafür schwerwiegende Beweise beibringen müssen. Es haben daher auch die meisten Gelehrten, welche sich in der letzten Zeit mit dem Thema beschäftigt haben, wenigstens die Möglichkeit, dass die Einung die Form einer Gilde gehabt haben könne, zugegeben²⁾.

¹⁾ Vgl. die Verleihung der Zunftrechte an die Drechsler von 1178—1182 (Westd. Zeitschrift Correspondenzblatt 1892 S. 117). Im Anfang steht: *quod temporibus illis, quibus Th. i. M. et H. F. magistri civium extiterunt ipsi ex communi consilio et consensu officialium de Richirzegheide*; am Schlusse werden dieselben Namen mit dem Zusatze aufgeführt: *qui tunc temporis civitatis magistratum tenuerunt*. — Deutlicher kann doch wohl nicht ausgesprochen werden, dass der Vorstand der Richerzeche tatsächlich das Stadtr Regiment führte.

²⁾ O. Oppermann, Zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte von Freiburg i. B., Köln und Niedersachsen in „Westdeutsche Zeitschrift XXV, S. 282 ff. dazu

Dass man bei den Mitgliedern der Genossenschaft im Wesentlichen an die angeseheneren und mächtigeren Bürger zu denken habe; an die *divites*, *potentes* und *honoratiores*, wird allgemein zugegeben. Über die verschiedenen Annahmen im Einzelnen, besonders die vor auszusetzende Teilnahme der Schöffen (*scabini*) und Senatoren, orientiert gut die Darlegung von Keussen a. a. O. S. 483 ff. Ich begnüge mich mit dem oben angedeuteten allgemeinen Ergebnisse, da aus den Quellen selbst kaum weiteres mit Sicherheit zu entnehmen ist.

Etwas mehr aber liesse sich vielleicht über die Veranlassung zum Abschlusse der Einung, ihre Zwecke und Ziele sagen. Zunächst muss hervorgehoben werden, dass Keussen¹⁾ wohl mit Recht der *conjuratio* eine längere Wirkung zuschreibt und eine längere Lebensdauer zubilligt, als man früher zu tun geneigt war, indem er vor allem darauf hinweist, „dass der um 1160 schreibende Verfasser der *Chronica regia*“, welcher ja allein von ihr berichtet, „noch nach 50 Jahren ihrer als eines wichtigen und gutbekannten Ereignisses Erwähnung tut. Wäre sie in den folgenden Jahrzehnten aufgehoben worden, so hätte eine solche Tatsache doch auch wahrscheinlich den Chronisten beschäftigt.“

Als äussere Veranlassung der Gründung wird allgemein die Stadterweiterung von 1106 angenommen, die neben dem äusseren auch einen inneren Zusammenschluss der bis dahin getrennten Ortschaften. Altstadt, Rheinvorstadt, Oversburg, St. Aposteln und Niederich unabweislich erscheinen liess.

Den Zweck der *conjuratio* giebt der Chronist mit den beiden lakonischen Worten an: *pro libertate*. Man kann sie verschieden deuten und hat sie verschieden gedeutet: *pro conservanda*, *pro recuperanda* oder *pro vindicanda libertate*. Keussen glaubt aus der richtigen Beobachtung, dass die Stadt sich im 12. Jahrhunderte zu immer grösserer Freiheit entwickelte, den Schluss ziehen zu sollen, sie sei zur Erlangung der Freiheit von der Herrschaft des Erzbischofs gegründet worden.

und früher H. Joachim „Die Gilde als Form städtischer Gemeindebildung“ ebenda XXVI, S. 81 ff., sogar Seeliger sagt a. a. O. S. 99: „Wenn freilich der Begriff Gilde so weit und so farblos gefasst wird, dass man jede genossenschaftliche Vereinigung, bei der ein Schwur geleistet oder sonst eine gegenseitige Verpflichtung eingegangen wird, als Gilde auffasst, dann wird man nicht nur das Gemeindewesen der Städte, sondern noch vieles andere auf die Gilde zurückführen können.“ Dagegen aber v. Below in Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. 1909 S. 435 ff.

¹⁾ a. a. O. S. 489 ff. — v. Below freilich meint S. 435, Anm. 2, dass die Kölner *conjuratio* nur einen vorübergehenden Zweck gehabt habe. Vgl. dazu Seeliger a. a. O. S. 69.

Das ist gewiss in so weit richtig, als es sich damals um die Frage handelte, wer die bei und nach der Vergrößerung der Stadt hervortretenden neuen staatlichen, polizeilichen und kommunalen Aufgaben lösen sollte, der Erzbischof und seine Beamten oder die Bürger und ihre selbstgewählten Vertreter¹⁾. Man geht wol nicht fehl, wenn man sich die *conjuratio* ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet und organisiert denkt, um diese Funktionen in die Hand zu nehmen. Aber es ist auch andererseits nicht zu verkennen, dass die Erzbischöfe im 12. Jahrhunderte in viel schärferer Weise, als früher, die ihnen in der Stadt zustehenden Rechte zur Unterdrückung und zum Schaden der Bürger auszubeuten und auszudehnen suchten. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse könnte man also auch den kurzen Worten „*pro libertate*“ die Ausdeutung *pro conservanda libertate* unterlegen. Als die Einung beschworen wurde, war sie wohl *pro conservanda libertate* geschlossen worden; als aber der Chronist seine Notiz niederschrieb und auf eine etwa 50jährige Wirksamkeit der Einung zurückblicken konnte, wird er erkannt haben, dass sie auch *pro vindicanda* und *recuperanda libertate* benutzt worden war. Man wird daher wohl kaum fehlgehen, wenn man annimmt, dass der Chronist den unbestimmten Ausdruck: *pro libertate* nicht nur aus dem Streben nach lakonischer Kürze, sondern mit gutem Bedachte gewählt hat, um damit den umfassenden Zweck und die nach innen und aussen entfaltete Tätigkeit der Einung zu kennzeichnen.

Einzelheiten über die Wirksamkeit der Einung aufzuführen, könnte bedenklich erscheinen, da ihrer weder in Chroniken noch in Urkunden weiter Erwähnung geschieht. Trotzdem aber wird man den Darlegungen Keussens a. a. O. S. 491 ff. die Zustimmung nicht versagen können. Nur über eins muss man sich wundern, dass er dabei nicht den Zeitpunkt festzustellen sucht, an dem die Wirksamkeit der *conjuratio* aufgehört und die Tätigkeit der Richerzeche begonnen hat. Er glaubt, wenn ich recht verstehe, an einen Fortbestand der *conjuratio* bis über die Mitte des 12. Jahrhunderts hinaus und weist die Tätigkeit der Richerzeche schon in dem bekannten Zunftprivilegium von 1149

¹⁾ Ich denke hierbei in erster Linie an die militärischen Massnahmen, auf welche Keussen a. a. O. S. 497 ff. und Seeliger a. a. O. S. 70 mit Recht hinweisen. Daraus ergab sich von selbst die Berechtigung für die Erhebung und Umlegung der Steuer, da diese im 12. Jahrh. ausdrücklich zur Bestreitung für die Kosten der Befestigung (Lacomblet U. B. I n. 380) bestimmt ist, ferner die Befugnis zur Aufsicht über die Sondergemeinden u. s. w., sowie später die „grosse Menge von Verwaltungsbefugnissen“, von welchen Kruse spricht (S. oben S. 96).

nach. Haben beide Institute neben einander bestanden? oder wie soll man sich das denken?

V. Conjuratio und Richerzeche.

Ich glaube, dass auf diese Frage nach den vorhergehenden Darlegungen nur die eine Antwort gegeben werden kann: conjuratio und Richerzeche sind identisch. Richerzeche ist nur der spätere Namen für die conjuratio. Sein Charakter als Spitznamen erklärt zur Genüge sein spätes Auftauchen.

Ich fasse rückschauend zusammen: conjuratio und Richerzeche sind beide äusserlich als Gilden organisiert zu denken, die Mitglieder beider Korporationen sind die angesehenen Bürger, beide erscheinen in ihren Funktionen und ihrer Betätigung als die Organe der Stadtgemeinde Grossköln, als die Gesamtheit der politisch berechtigten, also politisch wirkenden Bürgerschaft. Von der conjuratio kennt man das Gründungsjahr 1112 und hat allen Grund zu der Annahme, dass sie im Jahre 1160, als der Verfasser der *Chronica regia* dieses Gründungsjahr anmerkte, noch bestand; von der Richerzeche dagegen kennt man das Gründungsjahr nicht; da sie jedoch schon im Jahre 1149 im vollen Besitze ihrer späteren Befugnisse erscheint und auch das Stadtsiegel schon handhabt, muss sie schon früher zusammengetreten und die Berechtigung zur Vertretung der Gesamtgemeinde erhalten oder sich angemasst haben.

Da aber ein Nebeneinanderbestehen zweier Vertretungen der Gesamtgemeinde mit gleichen Befugnissen bzw. Prätionen über Jahrzehnte hinaus in derselben Stadt ganz undenkbar ist, bleibt kaum ein anderer Schluss übrig, als die Identität beider anzunehmen.

Ich sage absichtlich „Schluss“, denn ich weiss sehr wohl, dass ein zwingender Beweis mit dem vorliegenden Materiale nicht zu führen ist. Man sollte aber in den historischen Wissenschaften in so weit der Methode der Naturwissenschaften folgen, dass man je die Richtigkeit der Hypothese annimmt, welche zur Zeit die einwandfreiste und einfachste Erklärung der beobachteten Tatsachen bietet, und glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, dass die von mir vorgeschlagene Lösung des Problems sicher die denkbar einfachste und daher wohl auch die einwandfreiste ist.

VI. Die Gilde als Form der Gemeindeorganisation.

Diese Lösung enthält aber auch die letzte Konsequenz der von Keussen gemachten Feststellungen, und ich habe schon oben der Ver-

wunderung darüber Ausdruck gegeben, dass Keussen nicht selbst diese Schlüsse gezogen hat. Eine Erklärung dafür kann ich nur in der bekannten Tatsache finden, dass die neuere Forschung sich auf's heftigste dagegen sträubt, Gilden oder gildeähnlichen Bildungen einen Anteil an der Entwicklung der deutschen Stadtgemeinde zuzubilligen, vielmehr streng an dem von Below¹⁾ aufgestellten Lehrsatz festhält, dass die alte Stadtgemeinde auf der Landgemeinde beruhe.

Diese Aufstellung von Belows ist auch mir einleuchtend gewesen, und ich halte sie auch heute noch für richtig. Ich kann mich aber dabei der Erkenntnis nicht verschliessen, dass mit der Aufstellung und Aufrechterhaltung dieses Lehrsatzes deshalb für unsere Erkenntnis nicht gar so viel gewonnen ist, weil seiner weiteren Verfolgung und Anwendung zur Aufhellung der geschichtlichen Entwicklung sich erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Zunächst sind wir über die Organisation und die Zuständigkeit der älteren Landgemeinde, die im 11. und 12. Jahrhundert der entstehenden Stadtgemeinde als Grundlage und Ausgangspunkt hätte dienen können, nur sehr schlecht unterrichtet, weil gleichzeitige Quellen ihrer nur selten Erwähnung tun, und — wohl in Folge dieses Umstandes — eingehende Untersuchungen über den Gegenstand noch nicht angestellt worden sind. Soweit das Thema bis jetzt angeschnitten worden ist, hat man sich vielmehr meist auf Rückschlüsse aus jüngeren, durch reichlichere Quellenzeugnisse erhellten Verhältnissen beschränkt²⁾

Bei diesem Mangel an Quellen erscheint es diesen Versuchen gegenüber nicht nur als erlaubt, sondern sogar als geboten, die Frage, welche Form, welche Organisation die Landgemeinde wohl in früheren Jahrhunderten gehabt haben könne, zunächst im Rahmen der allgemeinen Entwicklung zu betrachten. Da wird nun jeder, der sich eingehender mit dem älteren Genossenschaftswesen der norddeutschen Stämme, der Franken und Sachsen, beschäftigt hat, zu der Überzeugung gelangen, dass die einzige alte Form (weltlicher) Interessengemeinschaften bei ihnen die durch Schwurgemeinschaft geschaffene Gilde war, nachdem die natürlichen, auf Blutsgemeinschaft beruhenden Genossenschaften der Familie, Sippe und des Geschlechts entweder sich aufgelöst oder wegen ihrer geringen Mitgliederzahl sich als nicht wider-

¹⁾ Zuletzt zusammenfassend in dem S. 89 Anm. 4 zitierten Aufsätze.

²⁾ Für das hier insbesondere in Frage stehende Rheinland kommen vor allem die Dissertationen von H. Schütze „Bezirk und Organisation der nieder-rheinischen Ortsgemeinde“ Marburg 1900 und H. Schöningh „Der Einfluss der Gerichtsherrschaft auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse in den niederrheinischen Territorien“ Leipzig 1904/5 in Betracht.

standsfähig erwiesen hatten¹⁾; höchstens könnte man sich als Übergang und Bindeglied zwischen Geschlecht und Gilde noch die Blutsbruderschaft, die auf künstlicher Blutsgemeinschaft begründete Genossenschaft, eingeschoben denken, wenn über ihr Vorkommen und Bestehen in Deutschland die Quellen berichteten.

Es entsteht nun die Frage, ob diese rein theoretische Erörterung in den aus den Quellen zu erkennenden Tatsachen eine Unterstützung, eine Bestätigung findet. Mit anderen Worten, es ist zu untersuchen, ob nicht in den älteren Nachrichten über die, weltlichen Zwecken dienenden Genossenschaften, die Landgemeinden, sich Andeutungen finden, welche einen Zusammenhang derselben mit den Gilden erkennen lassen.

Da ergibt sich nun freilich, dass in der Zeit, aus welcher wir genauere Nachrichten über die niederfränkische und westfälische Landgemeinde besitzen, diese nicht ausgesprochen die Form der Gilde hat, wenn auch einige bei der Gilde zu beobachtende Züge sich bei der „Hunnschaft“ und „Bauerschaft“ wiederfinden²⁾. Dazu gehört zunächst ihre für die ältere Zeit unzweifelhafte Autonomie, ihre vollkommene Freiheit in der Bestellung ihrer Vorsteher (oft in der Zweizahl), ihre regelmässig wiederkehrenden Zusammenkünfte, dann aber besonders die socialen Verpflichtungen, welche die einzelnen Mitglieder gegen einander haben³⁾. Diese gesellschaftlichen Verpflichtungen kommen vor allem in der öfter, ja meist auf die Mitglieder angewendeten Bezeichnung „Nachbarn“ zum Ausdruck. Dem gegenüber ist aber nicht zu übersehen, dass gerade das für die Gilde bezeichnendste Merkmal,

¹⁾ Für die Bedeutung des Geschlechts als politische Genossenschaft glaube ich noch immer auf die in jeder Hinsicht klassischen Darlegungen H. v. Sybels in Abschnitt I § 2, 3 seiner „Entstehung des deutschen Königtums“ hinweisen zu sollen. Bei den Angelsachsen scheint die Gilde die Erbschaft des Geschlechts (vgl. Kemble, Sachsen in England, übersetzt v. Brandes I S. 194 ff.) unmittelbar zu übernehmen (vgl. jedoch R. Schmid, „Die Gesetze der Angelsachsen“ S. 588 ff. unter gegilda). Über die Geschlechterverfassung in Dithmarschen vgl. Dahlmann, Neocorus, Chronik des Landes D II. S. 573 ff.

²⁾ Vgl. darüber für das Rheinland besonders Schütze a. a. O., für Westfalen meine Arbeit: „Zur Verfassungsgeschichte der westfälischen Bischofsstädte“ S. 52 f. und besonders Hansische Geschichtsblätter XVIII (1890) S. 188, wo ich auch die wichtigsten einschlägigen Darlegungen Stüves anführe, ohne damals den Zusammenhang zwischen Landgemeinde und Gilde erkannt zu haben.

³⁾ Vgl. darüber die schon mehrfach angezogene Dissertation von Jakob Sommer a. a. O. S. 417 u. 441. — Hierher gehören ferner die sogenannten Fastnachts-, Mai- und Pfingst-Biere, über welche ich jedoch auch nur unbedeutende Notizen beizubringen vermag.

das regelmässige, allgemeine, auf sacralen Ursprung zurückgehende Gelage sich bei ihnen nur ausnahmsweise nachweisen lässt.

Andererseits¹⁾ ist aber in letzterer Zeit mehrfach betont worden, dass in den weiten Gebieten von den Ufern des Rheins bis zum Gestade der Ostsee in Nordalbingien sich vielfach neben den Landgemeinden, im räumlichen Umfange sich an sie anlehnend, ja vielfach sich mit ihnen deckend, Genossenschaften nachweisen lassen, welche entweder geradezu den Namen Gilden tragen und auch durch ihre socialen Aufgaben sich als solche wirksam zu erkennen geben oder zwar mit Namen wie „Nachbarschaft“ und ähnlich bezeichnet werden, sich jedoch durch ihre Thätigkeit deutlich als Gilden manifestieren²⁾.

Ausser diesem zwiespältigen Bilde nebeneinander gehender genossenschaftlicher Einungen derselben Leute finden sich dann aber auch, wenngleich nur schwache Spuren³⁾, welche auf eine ursprüngliche Identität dieser beiden Verbände der Landgemeinde und der Gilde hinweisen, d. h. also eine gildenmässige Organisation der Landgemeinde erkennen oder doch für die ältere Zeit vermuten lassen⁴⁾. Wenn sich daher eine volle Identität von Gilde und Bauerschaft zur Zeit nicht nachweisen lässt, so muss doch jedenfalls ein weitgehender innerer Zusammenhang zwischen Gilde und Bauerschaft anerkannt werden.

¹⁾ Zuletzt zusammenfassend von Jakob Sommer a. a. O. S. 393 ff.

²⁾ Hier sei besonders darauf aufmerksam gemacht, dass die Bezeichnung Nachbarn (vicini) für die Genossen derselben räumlich zusammengehörigen Siedlung (Landgemeinde) nicht nur in den Volksrechten begegnet, sondern dass für das Jahr 1222 im Prümer Urbar für die „Landgemeinde“ . . . , ebenso der Ausdruck vicinia (Beyer Mittelrheinisches U. B. I S. 147, Anm. 1) gebraucht wird, wie zum Jahre 1154 als Bezeichnung des Vororts St. Pantaleon vor Köln (Lacomblet U. B. d. Niederrheins I Nr. 380), eigentlich wird in dieser Urkunde die Gemeinde villa genannt und von dem für ihre Einwohner geltenden jus vicinie gesprochen. Vgl. ferner vicinia, unde homo — ortus est in Monum. Germ. LL. IV. II n. 287 (Keutgen, Urkunden 117) zu 1224 für die elsässischen Städte.

³⁾ So werden die Vorsteher der Bauerschaft Myste an der niederländischen Grenze in den Jahren 1573, 1589, 1598 als Gildemeister bezeichnet, und ein Schriftstück des Jahres 1578 erwähnt neben den Kirchspielen Gilden im Amte Unna, einem Teile der Grafschaft Mark; man kann unter diesen Gilden kaum etwas anders als die Unterabteilungen der Kirchspiele, die Bauerschaften verstehen, was ja wieder damit zusammenstimmt, dass auch in Ostbevern die Bauerschaften Gilden hiessen (vgl. J. Sommer a. a. O. S. 415). Ich verdanke diese letzten Nachweise aus den Gutsarchiven Buldern und Recke der Freundlichkeit meines Herrn Kollegen Archivrat Dr. O. Merx.

⁴⁾ J. Sommer a. a. O. S. 439 ff.

Ich halte nun die Annahme J. Sommers (a. a. O. S. 440), dass beide ursprünglich identisch waren, sich dann aber später sehr häufig in die politische und wirtschaftliche Aufgaben erfüllende Landgemeinde (Bauerschaft) einerseits und die, sociale und religiöse Zwecke verfolgende Gilde oder Nachbarschaft andererseits gespalten haben, durchaus für richtig.

Feste Beweise dafür werden freilich erst verständnisvoll auf Grund breiteren Materials geführte Einzeluntersuchungen liefern können; trotzdem aber wird man unter Berücksichtigung obiger Gedankengänge zugeben müssen, dass die Annahme, die Kölner Gesamtgemeinde sei ursprünglich in der Form einer Gilde organisiert gewesen, weder an sich etwas befremdliches hat, noch die Annahme ihrer Organisation nach dem Vorbilde schon bestehender Landgemeinden ausschliesst.

Ebenso wenig ferner wie über die äussere Form der alten Landgemeinde wissen wir bei der Dürftigkeit der Quellen über ihre Zuständigkeit und ihre Wirksamkeit. Alles was man darüber beizubringen pflegt, beruht auf der Rückdatierung späterer Zustände und etwa den wenigen Notizen des Sachsenspiegels über den Bauermeister und die Bauern. Die wirtschaftlichen Aufgaben, welche man der Landgemeinde zuzusprechen pflegt, die Regelung der Nutzung von Ackerflur und Dorfallmende, können im alten Köln nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, weil dort Ackerwirtschaft und Viehzucht neben der Betätigung der Einwohner in Gewerbe und Handel nur geringe Bedeutung hatten, wenn auch die früher wohl verfochtene Auffassung, dass die Altstadt keine Allmende gehabt habe, von Keussen als irrig erwiesen worden ist.

Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass wir nichts über eine Regelung der Benutzung der Allmende durch die Stadtbehörden oder die Richerzeche erfahren. Jedenfalls ist für diese Kompetenzen der alten Landgemeinde eine Vererbung oder Übertragung auf die *conjuratio* und die Richerzeche nicht nachweisbar. Im Gegensatz dazu ist, wie oben schon angedeutet, die bei der Richerzeche so stark hervortretende Aufsicht über Handel und Gewerbe dagegen schwerlich als eine einfache Erbschaft der Landgemeinde auszudeuten.

Auch ist dort darauf hingewiesen, dass diese Befugnis wohl als eine spezielle Erbschaft der Altstadt Köln aufzufassen ist, und zwar, wie ich hier weiter ausführen möchte, in der Weise, dass die Rechte der Altstadt als *mercatus* durch die Eingemeindung auch auf die Vorstädte übertragen wurden, und dass in Folge dessen der Magistrat der Gesamtgemeinde, die „*magistri civium*“ der Richerzeche, als ausführendes Organ der Gesamtgemeinde die Gewerbepolizei übernahm.

Dieser Gedankengang muss jedoch an der Tatsache kontrolliert werden, dass in der einen der eingemeindeten Vorstädte, in St. Martin, eine besondere Genossenschaft von Kaufleuten und Gewerbetreibenden bestand, welcher man zunächst für ihren Kreis die Gewerbepolizei zuschreiben möchte, und von der man vermuten müsste, dass sie in einer Genossenschaft der Gesamtstadt, die selbst oder durch ihren Vorstand gewerbepolizeiliche Befugnisse ausübte, besonders vertreten gewesen wäre. Aber weder das eine noch das andere vermögen wir aus den Quellen zu erkennen. Wenn auch bei deren Dürftigkeit damit nicht der Beweis erbracht ist, dass es nicht der Fall war, so zwingt dennoch diese Tatsache dazu, die Verhältnisse rein konstruktiv zu betrachten.

Bei einem solchen Vorgehen ist nun zuerst die Frage zu erörtern, ob man nicht aus der oben betonten Beobachtung, dass in der Rheinvorstadt neben der Genossenschaft der Vollbürger, der Buren, also der eigentlichen Stadtgemeinde, eine Kaufmannsgilde für das 12. Jahrhundert nachweisbar ist ¹⁾, auch auf das frühere Bestehen einer ähnlichen Genossenschaft in der Altstadt um so mehr zu schliessen gezwungen ist, als die *negotiatores* und *mercatores* in ihr anerkanntermassen während des 11. und 12. Jahrhunderts die führende Rolle gespielt haben.

Ich glaube jedoch aus zwei Gründen eine solche Annahme ablehnen zu müssen. Zunächst fehlt in den Quellen jede Andeutung über das Bestehen einer solchen Genossenschaft. Mit Recht gesteht man zwar einem solchen Argumente *ex silentio* im Allgemeinen nur geringe Beweiskraft zu, im vorliegenden Einzelfalle dagegen möchte ich dasselbe doch höher einschätzen, weil dieselbe Art von Quellen ²⁾, welche von der Kaufmannsgilde in der Rheinvorstadt berichtet, uns auch für einen Teil der übrigen Stadtteile in ziemlicher Vollständigkeit erhalten ist, ohne dass sich in ihnen auch nur eine Spur von einer Kaufmannsgenossenschaft in diesen Stadtteilen erkennen liesse. Und diese Beobachtung wird durch die zweite verstärkt, dass, wie schon so oft hervorgehoben, die Gewerbepolizei in den übrigen Stadtteilen und auch in der Rheinvorstadt während der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts,

¹⁾ G. v. Lösch, Kaufmannsgilde, der auch nachweist, dass beide Genossenschaften dieselben Personen umfassten, und zwar mit der Massgabe, dass alle (mit ganz geringen Ausnahmen) Gildebrüder auch Buren waren, aber noch lange nicht alle Buren die Gilde gewannen. Dabei wäre allerdings zu überlegen, ob nicht unter letzteren zahlreiche Personen waren, welche die Gilde erblich besaßen. Anders jedoch v. Lösch a. a. O. S. 36 ff.

²⁾ Höniger, Kölner Schreinsurkunden des 12. Jahrh. Bonn 1884/94, besonders II, 2, S. 58 ff. und 68 ff.

während welcher in letzterer die Kaufmannsgilde noch bestand, eben nicht von einer solchen Gilde, sondern von der Gesamtgemeinde durch ihren Vorstand, die *magistri civium*, ausgeübt wurde. Wir hören also nicht nur nichts vom Vorhandensein einer Kaufmannsgilde in der Altstadt, sondern sehen auch die für sie zu vermutenden Funktionen in einer Zeit, während welcher in der Vorstadt eine solche Genossenschaft noch bestand, von der Gesamtgemeinde ausgeübt.

Folgt man diesen Gedankengängen weiter, so kann man m. E. aus diesen Beobachtungen nur den einen Schluss ziehen, dass — wie oben schon angedeutet war — vor der Eingemeindung der Vororte die Gemeinde der Altstadt als Gemeinde die Gerechtsame einer Kaufgilde gehabt hat. Mit anderen Worten die Vollbürger der Altstadt waren als solche *mercatores regii*, Kaufleute im Rechtssinn. Sie bildeten eine Marktgemeinde (*mercatus*) und übten durch ihre Gemeindevertreter die Gewerbepolizei aus.

Ich habe diese Erörterungen hier eingeschoben, um einerseits, wie oben schon angedeutet, darzulegen, dass die für die Richerzeche bzw. *conjuratio* von 1112 nachgewiesene Gildeform ihre Rückführung auf die Landgemeinde keineswegs ausschliesst, sich also mit der geltenden Theorie sehr wohl vereinigen lässt, und dass andererseits die von der Richerzeche ausgeübte Gewerbepolizei sich dem Rahmen der allgemeinen Entwicklung durchaus einfügt, ja geradezu zur Aufklärung und Verständlichmachung derselben erheblich beiträgt.

VII. Analogien.

Bis zu diesem Punkte habe ich die Untersuchung durchweg auf Grund der speziellen Kölner Überlieferung geführt, ohne Analogien zur Stütze meiner Annahmen oder zur Erläuterung meiner Anschauungen in grösserem Umfange heranzuziehen, weil das nun einmal bei derartigen Forschungen jetzt der Brauch ist, obwohl ich diese Arbeitsweise bei so lückenhaftem Materiale, wie es hier zu Gebote steht, nicht durchaus billigen kann; denn ohne Heranziehung von Analogien kann es dem Darstellenden nur schwer gelingen, ein lebensvolles Bild zu entwerfen.

Aber zum Schlusse möchte ich wenigstens darauf hinweisen, dass die oben für Köln skizzierte Entwicklung durchaus nicht vereinzelt dasteht, sondern dem auch anderweitig beobachteten Gange der Dinge entspricht und in ihren Einzelphasen der Parallelen nicht entbehrt. Ich sehe dabei von den westlichen Städten, besonders den flandrischen

und nordfranzösischen ab, obwohl sie mancherlei Ähnlichkeiten aufweisen, weil sie doch wohl teilweise auf anderen Grundlagen wie Köln aufgebaut sind, und insbesondere das Verhältnis zum Stadtherrn dort ein anderes, die Befugnisse derselben grössere waren ¹⁾.

Am leichtesten lassen sich Analogien für die von mir für Köln oben angenommenen Verhältnisse der Vollbürger aufzeigen. Schon W. Arnold hat auf das Nachdrücklichste betont, dass die „Bürger“ der von ihm behandelten Rheinstädte „altfrei“ gewesen sind ²⁾, und er vertritt auch weiter die richtige Anschauung, dass die „Geschlechter“, die Patrizier, die Nachkommen der ursprünglich die Vollbürger bildenden Altfreien sind, während man jetzt allenthalben der Anschauung begegnet, dass sich das „Patriziat“ in den deutschen Städten erst später dadurch herausgebildet habe, dass eine Reihe von Familien sich den anderen Elementen der Bürgerschaft gegenüber Vorrechte usurpiert und erblich aufrecht erhalten hätte ³⁾.

Schon lange ist die Bedeutung des Grundbesitzes als Bedingnis, ja als Grundlage der bevorrechteten Stellung der „Geschlechter“ in der Stadt betont worden, aber meist hat man als das wichtigste Merkmal des Grundbesitzes seine Grösse angesehen; erst die Darlegungen Wittichs in seiner „Altfreiheit und Dienstbarkeit“ ⁴⁾ haben energisch darauf hingewiesen, dass im Geltungsbereiche des Stadtrechtes ebenso wie im Geltungsbereiche des Landrechts die rechtliche Qualität des Grundbesitzes massgebend für die staatsrechtliche Stellung seines Inhabers wurde, nicht seine Grösse ⁵⁾.

¹⁾ Die bequemst zugängliche und übersichtlichste Darstellung der Kommunen findet sich bei Hegel, Städte und Gilden II S. 23—76. Die nordfranzösischen und flandrischen Kommunen stimmen insoweit mit der Kölner *conjuratio* überein, als sie ebenfalls geschworene Einungen zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens (äusseren und inneren Rechtsschutzes), welchen die verfassungsmässigen Gewalten nicht mehr aufrecht erhalten konnten oder wollten, darstellen; es scheint jedoch bei diesen Städten im Gegensatz zu Köln das treibende Element der Stadterweiterung zu fehlen. Der sonst wohl betonte Unterschied, dass ein Teil der „Kommunen“ unter Zuziehung und Mitwirkung der Stadtherrn geschlossen worden ist, scheint mir kein grundsätzlicher zu sein.

²⁾ Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte I, S. 17 und öfter.

³⁾ Für Köln: Lau, Entwicklung S. 121 ff. — Im Allgemeinen: Schröder, Rechtsgeschichte⁵ S. 652.

⁴⁾ S. 61 ff.

⁵⁾ Für die westfälischen Bischofsstädte war ich ebenfalls schon zu einer ähnlichen Feststellung gekommen; vgl. „Zur Verfassungsgeschichte der westfälischen Bischofsstädte“ (Osnabrück 1894) S. 42 ff.

Diese Aufstellungen Wittichs sind in neuester Zeit für niedersächsische und westfälische Städte weiter ausgeführt worden und haben sich in Braunschweig, Hildesheim, Goslar¹⁾ sowie in Münster²⁾ bestätigt gefunden.

Aber auch aus der sorgfältigen Arbeit von M. Foltz (Beiträge zur Geschichte des Patriciats in Strassburg, Basel, Worms und Freiburg i. B., Marburger Dissertation von 1899), lässt sich wenigstens erschliessen, dass auch in jenen Städten die Geschlechter ihre Vorrechte nicht erst nachträglich errungen, sondern schon von der Frühzeit her besessen haben. Vor allem aber geht aus des Verfassers Darlegungen deutlich hervor, dass sie ursprünglich frei und mit Grundbesitz begabt waren. In Folge unklarer Fragestellung kommt er jedoch nicht dazu, diesen Grundbesitz auf seine rechtliche Qualität zu untersuchen.

So findet also die oben vorgetragene Ansicht über die staatsrechtliche Stellung der Kölner Vollbürger nach allen Seiten durch Analogien eine volle Bestätigung.

Ähnlich — wenn auch nicht in gleichem Umfange — steht es mit der Frage nach der Form, in welcher die alten Stadtgemeinden organisiert zu denken sind, mit der Frage, ob man sie sich als Gilden gestaltet denken kann oder darf.

Eine klare Erkenntnis wird hier durch den Mangel erschwert, dass wir über die älteren Stadtgemeinden und ihre Organisation ganz ungenügend unterrichtet sind. Nur für wenige Städte ist eine trümmerhafte Überlieferung erhalten, so dass man im Allgemeinen auf Rückschlüsse aus späteren Zeiten angewiesen ist.

Nun hat die neuere Forschung die Entstehung der deutschen Stadtverfassung aus der Gildeverfassung ganz energisch abgelehnt, wenn auch in neuester Zeit der alten, von bedeutenden Leuten früher aufgestellten sogenannten „Gildetheorie“ in Hermann Joachim ein beredter Verfechter erstanden ist³⁾. Es liegt mir fern, hier eingehend

¹⁾ Ohlendorf „Das niedersächsische Patriziat und sein Ursprung.“

²⁾ A. Henkel, Beiträge zur Geschichte der Münsterschen Erbmänner (Münster'sche Dissertation 1910).

³⁾ Ich verweise für den augenblicklichen Stand der Frage auf den schon mehrfach angezogenen Aufsatz von Belows in der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1909. Bemerkenswert erscheint die bei Wippermann, Regesta Schaumburgensia S. 286 zitierte Urkunde des 15. Jahrh. in welcher ein Graf v. Schaumburg dem oppidulum vetustissimum Gehrden Handelsfreiheit in

diese Kontroverse zu behandeln. Ich will nur auf einige Fälle hinweisen, in welchen wir deutlich und unzweifelhaft die alte Vollbürgergemeinde in einer Gilde organisiert sehen.

Die älteste, bekannteste und in letzter Zeit wieder lebhaft besprochene Erscheinung dieser Art ist die *conjuratio* in Freiburg im Breisgau. Sie weicht scheinbar darin von dem mir vorschwebenden Bilde ab, dass wir in ihr offenbar eine vom Herzoge gegründete Spekulationsgesellschaft zu sehen haben, welche für ihn die Stadt ausbauen ¹⁾ sollte, indem sie das dazu vom Herzoge hergegebene Areal in Erbleihe ausgab. Die Mitglieder selbst erhielten ein genau der Grösse nach bestimmtes Grundstück als Allod ²⁾ und sind durch den Zusatz *personati* (*mercatores*) als altfrei gekennzeichnet.

Dieses Beispiel erscheint in diesem Zusammenhange besonders beachtenswert, weil es ausdrücklich auf Köln als Vorbild zurückgeht ³⁾ und also am ersten zur Illustrierung der Kölner Verhältnisse in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts (1120) dienen kann. Ich kann die Bestimmungen gerade des ältesten Teils dieses Weistums nur unter der Voraussetzung verstehen, dass unter *mercatores* die Vollbürger (*burgenses*) verstanden sind. Auf die schwierige Frage nach der Stellung der 24 *conjuratores fori* innerhalb dieses Kreises braucht und kann hier nicht eingegangen werden ⁴⁾.

Noch deutlicher ergibt sich die Reinoldigilde in Dortmund, welche ursprünglich die Ratswahl in Händen hatte — also die Vollbürger in sich vereinigte — als eine Genossenschaft altfreier Bürger mit echtem Eigen (*erfsaten*) zu erkennen, was jeder unbefangene Leser sogar aus der Darstellung der Dortmunder Verfassung bei Hegel ⁵⁾ entnehmen wird. Charakteristisch ist auch hier, dass diese Genossenschaft aufs Engste mit der Gewandschneiderbrüderschaft ⁶⁾ zusammen-

seinem Lande zugesteht, woran jeder Teil nehmen soll, „wer thor ghilde der borgheres tho Gherdene gehore“.

¹⁾ id forum decrevi incipere et excolere.

²⁾ in proprium ius.

³⁾ § 5 pro consuetudinario et legitimo iure omnium mercatorum precipue autem Coloniensium examinabitur iudicio und Rotel § 40 Köln als Oberhof.

⁴⁾ Vgl. im Einzelnen H. Joachim, Die Gilde als Form städtischer Gemeindebildung in Westdeutsche Zeitschrift XXVI, S. 80 ff.

⁵⁾ Städte und Gilden II, S. 365 ff. Ferner Frensdorff, Dortmunder Statuten und Urteile S. LII.

⁶⁾ Becker, Das Dortmunder Gewandschneiderbuch (1871).

hängt, was bei dem dritten allgemeiner bekannten Beispiel der „Kaufmannsgilde“ in Stendal noch klarer zu Tage tritt¹⁾).

Man könnte die Zahl der Analogien geringfügig finden, aber jedenfalls genügen sie vor der Hand, um die Möglichkeit und innere Berechtigung der oben gegebenen Konstruktionen darzutun.

Ich zweifle nicht daran, dass sie bei sorgfältigerem Studium der älteren Verhältnisse deutscher Städte sich stark werden vermehren lassen, wenn man nur einmal diese Gesichtspunkte als leitend in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt.

¹⁾ E. Liesegang „Die Kaufmannsgilde in Stendal“, Forschungen zur Brandenburg. und Preuss. Geschichte III.

Exkurs zu S. 93.

Lau a. a. O. S. 82 bemerkt allerdings, dass in dem Pfründenregister von ungefähr 1390 sich Handwerker und sogar ein Jude aufgeführt finden.

Diese Feststellung könnte dazu dienen, die Richtigkeit der oben ausgesprochenen Ansicht, dass eigentliche Handwerker sich in den Listen nicht nachweisen lassen, zu bestreiten. Meine obige Behauptung stützt sich auf die älteren Listen besonders der verdienten Amtleute, in welchen Handwerker sich nicht finden. Die Eigenart der Pfründnerliste hat dagegen Lau selbst bei ihrer Veröffentlichung festgestellt: offenbar weist sie nur die tatsächlichen Bezieher der Pfründen nach, also auch solche Personen, welchen sie von den tatsächlichen Besitzern verpfändet, verkauft oder geschenkt waren. Sie scheinen als sehr sichere Renten angesehen und daher vielfach zur Ausstattung von ins Kloster tretenden Familienmitgliedern verwendet worden zu sein. Daraus erklärt sich denn auch die grosse Zahl der Frauen und besonders der Klosterschwestern in der Liste, welche ja wohl niemand als wirkliche Genossen ansprechen wird. — Übrigens ist die Zahl der Handwerker sehr gering: ein Apotheker (47), ein Kürschner (87), ein Goldschmied (139), der Sohn eines Brauers (? 188) und der Stadtsteinmetz (204).